

Tauziehen um Schulen

Nachlassende Schülerzahlen gefährden den Bestand der Grund- und Hauptschulen

TWISTETAL-BERNDORF (Ky). Dicht gedrängt saßen die ca. 70 Eltern, Schüler und Lehrer in einem Klassenraum der Berndorfer Grund- und Hauptschule, als am Mittwoch nachmittag der Bezirksvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Joachim Albrecht aus Kassel, seine Gäste begrüßte. Die GEW, Kreisverband Waldeck und Bezirksverband Kurhessen, hatte zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Die Diskussionsrunde wurde gebildet vom Vertreter des Staatlichen Schulamts, Schulamtsdirektor Ehl, dem Vertreter des Schulträgers, Erster Kreisbeigeordneter Peter Rödl, den bildungspolitischen Sprechern der Parteien SPD (Giesick), CDU (Siebert), FDP (Lübcke) und FWG (Ziemer) und außerdem vom Vertreter des Elternbeirats, Stockhausen, und dem Leiter der Grund- und Hauptschule Berndorf, Brühne.

Das Thema war die Situation der Grund- und Hauptschulen im Kreis. Joachim Albrecht, Leiter der Diskussion, erläuterte das Vorhaben der GEW. Man wolle keineswegs in dieser Phase des Wahlkampfes in die Kommunalpolitik eingreifen, sondern es handele sich hierbei um eine 14 Monate währende Veranstaltungsreihe der GEW, in der nordhessische Bildungseinrichtungen Beispiele für die aktuelle Problematik abgeben sollen. Zur aktuellen Problematik gehöre auch die Situation an der Grund- und Hauptschule in Berndorf.

Nur 15 Schulanfänger

Der Leiter der Schule, Brühne, erklärte die jetzige Situation genauer. Bedingt durch den Geburtenrückgang habe man im letzten Jahr nur 15 Schulanfänger gehabt. Die damalige zweite Klasse bestand ebenfalls aus nur 16 Schülern, so daß sich ein Zusammenschluß anbot, da der Klassenverband 38 Schüler umfassen darf. Die Zusammenlegung betraf die Fächer Sport und Religion. In der sechsten und siebten Klasse der Hauptschule war das Problem ähnlich. Auch hier entschloß man sich, in den Fächern Mathematik, Deutsch, Englisch, Biologie, Physik, Erdkunde und Geschichte die Klassen zusammen zu unterrichten.

Welche Probleme dadurch entstanden sind, wurde in der Diskussion deutlich. Weder die Lehrpläne der einzelnen Klassenstufen, noch die Lehrer sind auf diese Aufgabe vorbereitet. Die offensichtlichen Nachteile tragen wieder einmal die Schüler davon. Nicht nur pädagogische Richtlinien werden da vernachlässigt, sondern auch die Chancengleichheit gegenüber Schülern, die eine Schule mit ausreichend Schülern und Lehrern besucht haben, z. B. in Ballungsgebieten oder größeren Städten, nimmt ab. Doch den Schulen geht es darum, nicht aufgrund mangelnder Schülerzahlen aufgelöst zu werden. Denn eine aufgelöste Schule, das bestätigten sowohl Rödl als auch Ehl, werde bei neu steigenden Schülerzahlen mit ziemlicher Sicherheit nicht wieder eröffnet. Es geht also darum, und da waren sich alle Teilnehmer einig, das vorhandene Bildungsangebot, sprich Schulen, zu erhalten.

Lehrerzuweisung nach Bedürfnissen

Daß der gute Wille doch nicht immer durchsetzbar ist, zeigt die Situation in Mühlhausen. Die dortige Grundschule wird aufgelöst, weil der Kultusminister einer Zusammenlegung der ersten drei Klassen nicht zugestimmt hat. Die Schüler gehen dann ebenfalls zur Grundschule nach Berndorf, wo so ausreichende Klassenstärken für die Schulanfänger entstanden sind. Es ist so möglich, auf den absehbaren Zeitraum der nächsten fünf bis sechs Jahre, so Ehl, eine einzügige Grundschule in Berndorf zu halten. Diese Möglichkeit wird noch unterstützt durch die Zusammenarbeit von Schulleitung und Schulamt, die diesmal nicht nach der Statistik und den vorgegebenen Rela-

tionszahlen die Lehrerzuweisung errechneten, sondern nach tatsächlichen Bedürfnissen.

Es ähnelt einem Tauziehen unter den Schulen, denn im Gegensatz zu den Jahren um 1970 ist heute jeder Ort daran interessiert, seine Schule zu behalten. So werden Schüler in der Großgemeinde Twistetal nach allen möglichen Schulen „gekarrt“, um keine Lücken entstehen zu lassen. Hier geht schon das Wort vom „Schülerklau“ um. Auch die Twister Hauptschule ist bedroht.

„Wie jemand mit Magenschmerzen“

Albrecht stellte die Frage, ob sich Twistetal überhaupt als Schulgemeinde begreift, mit möglicherweise nur einem Schulstandort? Ein Standort sichere die Aufrechterhaltung einer zweizügigen Grundschule und einer einzügigen Hauptschule.

Rödl, der als Vertreter des Schulträgers darauf antwortete, erinnerte an rückläufige Schülerzahlen und beschränkte Landesgelder, doch unterstütze der Schulträger natürlich den Kampf der Gemeinden um ihre Schulen. Berndorf und Twiste sollen erhalten bleiben. Er sprach sich dafür aus, sich in fünf Jahresritten voranzutasten, ohne jetzt schon weitreichende Aussagen zu machen. Er fühle sich im Moment wie jemand mit „Magenschmerzen“, weil er zuviel gegessen hat, und trotzdem an Zeiten denken muß, an denen er nichts zu essen hat.

Giesick von der SPD bemerkte, daß die Problematik in Wiesbaden durchaus bekannt sei und erwähnte eine Sonderzuweisung von Lehrern bei Einführung der Förderstufe. Auch er war für den Erhalt der Schulstandorte, sprach aber auch von den Beförderungsproblemen zu weiterführenden Schulen. Ziemer von der FWG meinte dazu, es wäre besser, einen Lehrer zu bezahlen, als das Benzin für die Schulbusse. Berndorf sei erhaltbar. Eine stärkere Belastung der Schüler durch weitere Anfahrtswege bei Auflösung der Schulen, gab Lübcke von der FDP zu bedenken. Es sei, so Lübcke, kein Patentrezept vorhanden, doch er begrüße es, daß durch solche Veranstaltungen die Informationsgewinnung vor Ort verbessert würde. Siebert von der CDU-Kreistagsfraktion sprach sich ebenfalls für den Erhalt der Schulen aus, und er gab dem Erhalt des bestehenden Bildungsangebots den Vorrang vor der Förderstufe. Die jetzigen Notlösungen dürften nicht von Dauer sein.

Beförderungproblem

Stark mit dem Erhalt der Schulen ist auch das Beförderungproblem verknüpft. Rödl, der bemerkte, daß in unserem Kreis sieben Millionen Mark für die Schülerbeförderung ausgegeben würden, antwortete auf Beschwerden aus dem Publikum über überfüllte Schulbusse, kein Schüler habe ein Anrecht auf einen Sitzplatz und wenn die Rüpelei in den Bussen nicht ernsthafte Schäden nach sich ziehen sollte, dann könnte er es auch verstehen, wenn ein Busfahrer einen Schüler vor die Tür setzt. Rödl und Brühne meinten, daß oft von beschwerdeführender Seite arge Übertreibungen vorkämen. Doch jeder Beschwerde werde nachgegangen.

Zum Thema Förderstufe, das ganz zum Schluß noch anklang, äußerte Brühne sich optimistisch. Er hielt die Einführung der Förderstufe in Berndorf für möglich, während Siebert von der CDU darin das Aus für diese Schule sah.